

Digitale Gewalt: Ein Angriff auf die Demokratie

Von STEFAN WALLASCHEK

Stellen wir uns folgende Situation vor: Eine Frau spricht in der Büroküche mit Kolleg:innen darüber, dass es in diesem Jahr bereits sechs Femizide gegeben habe. Ein Kollege tritt hinzu und sagt: »Und du bist die Siebte.« Oder man stelle sich vor, eine Frau muss sich sagen lassen, ihre sexuelle Orientierung sei »geisteskrank« und »abnormal«. Würden solche Äußerungen obendrein auf Plakaten stehen oder als Anzeigen in überregionalen Zeitungen erscheinen, wären sie schwerlich als harmlose Meinungsäußerung abzutun. Sie wären verstörend, bedrohlich und verletzend.

Beide Äußerungen sind gefallen, allerdings in einem anderen Kontext, im digitalen Raum. Die Beispiele stammen aus Ingrid Brodnigs neuem Buch »Feindbild Frau« und verweisen auf ein zentrales Problem: Was im analogen Raum als massive Grenzüberschreitung gelten würde, wird im digitalen Raum allzu oft verharmlost, relativiert oder rechtlich nicht hinreichend erfasst. Im ersten Fall soll der betroffenen Frau von einem Polizisten entgegnet worden sein, es handle sich lediglich um einen derben Scherz. Im zweiten Fall hat Meta Anfang 2025 seine Plattformregeln zu »hasserfülltem Verhalten« so verändert, dass solche und ähnliche abwertende Äußerungen nicht mehr unter regulierungsbedürftige Inhalte fallen.

Brodnig, österreichische Journalistin und ausgewiesene Expertin für digitale Hetze und digitale Gewalt, hat bereits mehrfach zu Hassrede, Fake News und rechter Propaganda

im Netz publiziert. Für ihr Buch »Hass im Netz« erhielt sie 2016 den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch. Mit »Feindbild Frau« knüpft sie an diese Arbeit an, verschiebt den Fokus aber deutlicher auf die geschlechtsspezifische Dimension digitaler Gewalt. Sie beschäftigt sich damit, wie Frauen, insbesondere Politikerinnen, online beleidigt, bedroht, sexualisiert und aus öffentlichen Räumen gedrängt werden.

Brodnig schildert zahlreiche Fälle aus Deutschland und Österreich, lässt betroffene Politikerinnen ausführlich zu Wort kommen und arbeitet mit vielen Originalzitatzen. Gerade diese zeigen, wie brutal, enthemmt und körperbezogen digitale Gewalt sein kann. Frauenhass äußert sich online in Beschimpfungen, Gewaltfantasien, sexualisierten Drohungen und Angriffen auf Würde, Körper und Kompetenz.

Ein besonders prägnantes Beispiel für die juristische Schwierigkeit im Umgang mit digitaler Gewalt ist der Fall Renate Künast. In erster Instanz sah das Gericht in der

STEFAN WALLASCHEK,
geb. 1987 in Oschatz,
Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der
Europa-Universität Flensburg.

Bezeichnung für Künast als »Drecks Fotze« (sic!) eine zulässige Meinungsäußerung; später wurde diese Einschätzung durch das Bundesverfassungsgericht revidiert. Der Fall steht exemplarisch für ein Rechtssystem, das den Begriff digitale Gewalt nicht kennt und das damit benannte Phänomen nur unzureichend fassen kann. Selbst dort, wo die Verletzung offenkundig erscheint, bleibt die Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht abhängig von der Auslegung durch – zumeist – männliche Richter. Brodnig zeigt auch, wie viel Interpretationsspielraum Gerichte haben – und wie folgenreich dieser Spielraum für Betroffene sein kann.

Zugleich arbeitet Brodnig heraus, dass Frauen anders angegriffen werden als Männer, die ebenfalls von digitaler Gewalt betroffen sind: Bei Frauen tritt eine sexualisierte Dimension hinzu, die männliche Gewalterfahrungen im Netz deutlich seltener prägt. Frauen werden nicht nur politisch kritisiert, sondern ihr Körper wird

objektifiziert, ihre sexuelle Selbstbestimmung angegriffen, ihre körperliche Unversehrtheit symbolisch bedroht und ihre fachliche Kompetenz abgewertet, weil sie Frauen sind. Wenn weitere Diskriminierungsmerkmale hinzukommen, etwa Migrationsgeschichte, rassistische Zuschreibungen oder ableistische Abwertungen, verschärft sich diese digitale Gewalt nochmals.

Mehr als ein technisches Problem

Dabei macht Brodnig deutlich, dass digitale Gewalt nicht einfach ein technisches Problem ist. Natürlich geht es um Plattformregeln, Moderationsentscheidungen, Meldewege und juristische Verfahren. Aber wer glaubt, dass Regulierung allein helfen würde, unterstellt, dass die Geschlechterverhältnisse außerhalb des Netzes bereits egalitär seien. Dies übersieht die tradierten Geschlechterordnungen, patriarchalen Deutungsmuster und politischen Kampagnen, die Frauen in der Öffentlichkeit delegitimieren. Angriffe auf Politikerinnen zielen häufig darauf, sie als ungeeignet, als zu weich, zu emotional oder nicht belastbar darzustellen – und letztlich auf ihren Rückzug aus der Politik und aus Debatten. Das Internet ist ein Raum, in dem sich diese gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Ungleichheiten verdichten und durch die Dynamiken digitaler Kommunikation verstärkt

werden. So können Angriffe schneller verbreitet, von mehr Menschen gesehen, leichter weitergetragen – und für Betroffene dadurch umso bedrohlicher werden.

Brodnig zeigt, dass digitale Gewalt nicht nur zu individueller Verletzung führt, sondern ein Problem für die Demokratie darstellt. Wenn Frauen aufgrund von Bedrohungen ihre Ämter aufgeben, seltener kandidieren, sich aus sozialen Medien zurückziehen oder bestimmte Themen meiden, verändert das die Öffentlichkeit. Politische Teilhabe wird noch ungleicher, die Sichtbarkeit wird zunehmend selektiver, und darunter leidet schließlich auch die demokratische Repräsentation, da Stimmen und Erfahrungen zunehmend nicht mehr gehört werden. Brodnig zeigt auch, dass die Bedrohungen digital beginnen, aber nicht digital bleiben. Sie wirken auf Körper,



Ingrid Brodnig: Feindbild Frau. Wie Politikerinnen im Netz bedroht, beleidigt und verdrängt werden – und was wir alle dagegen tun können. Brandstätter Verlag, Wien, 2026, 208 S., 25 Euro.

Psyche, Familie und Alltag der Betroffenen zurück. Der Druck kann so groß werden, dass Rückzug irgendwann als einzig möglicher Selbstschutz erscheint, wie Politikerinnen im Buch berichten.

Brodnig nimmt auch aktuelle politische Kampagnen in den Blick, beispielsweise jene gegen Frauke Brosius-Gersdorf, die als Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht nominiert war. Gezielt wurden Falschinformationen lanciert und rechte Narrative aufgegriffen, ohne dass ihnen aus der Bundesregierung, vor allem von der Union, entschieden genug widersprochen wurde. Gerade an solchen Beispielen wird sichtbar, dass digitale Gewalt nicht nur aus vereinzelt Hasskommentaren besteht, sondern strategisch eingesetzt werden kann, um politische Entscheidungen zu beeinflussen.

So eindringlich Brodnig die Gewalt beschreibt, bleibt sie dabei doch nicht stehen. In fast jedem Kapitel arbeitet sie Gegenstrategien heraus. Sie verweist auf NGOs wie HateAid, beschreibt Möglichkeiten im Umgang mit orchestrierten Shitstorms und zeigt, wie Betroffene, Unterstützer:innen und Institutionen reagieren können. Ein eigenes Kapitel widmet sich strategischen Antworten: andere Diskussionsräume erschließen und für die eigenen Themen nutzen; rechtliche Schritte gegen Hasskommentare und massive Beleidigungen, um den Tätern aufzuzeigen, dass man sich wehren kann; Gegenmobilisierungen organisieren, damit digitale Gewalt nicht unwidersprochen stehen bleibt. Ergänzt wird das Buch um Anhänge zur rechtlichen Lage in Deutschland und Österreich sowie zu Organisationen und Beratungsstellen, an die sich Betroffene wenden können.

Diese praxisorientierte Dimension ist keine Nebensache, sondern Teil der politischen Aussage des Buches. Brodnig schreibt ebenso über Verletzbarkeit wie über Handlungsmacht. Sie zeigt, dass Scham, Wut und Empörung nicht in Rückzug münden müssen, sondern auch in Gegenwehr, Solidarität und politische Veränderung übersetzt werden können. Die Stärke des Buches liegt genau in dieser Verbindung: Brodnig nimmt die Stimmen der Betroffenen ernst, ohne bei Betroffenheit stehenzubleiben, und sie verknüpft konkrete Fälle mit rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Fragen. Damit macht sie deutlich, dass digitale Gewalt weder individuelles Pech noch bloßer Plattformexzess ist. Gerade in Zeiten der Allmachtfantasien von Silicon-Valley-Tech-Bros, der gezielten Deregulierung digitaler Plattformen und des Missbrauchs Künstlicher Intelligenz für sexualisierte Deepfakes stehen demokratische Gesellschaften vor massiven Herausforderungen. Männliche Dominanz- und Verfügungsfantasien sind gesellschaftlich tief verankert.

Brodnig zeigt in »Feindbild Frau« gekonnt, worum es im Kern geht: Wer kann in demokratischen Gesellschaften frei, gleich und ohne Zwang partizipieren? Und wer kann öffentlich sprechen, streiten und sichtbar sein, ohne bedroht, objektiviert und angefeindet zu werden? Für Frauen sind Sichtbarkeit und Partizipation nicht selbstverständlich. ◻

»Männliche Dominanz- und Verfügungsfantasien sind gesellschaftlich tief verankert.«

INGRID BRODNIG, geb. 1984
in Graz, ist Journalistin und
Buchautorin.